

Anteilige Bekanntmachungen

Bekanntmachung. Die Weiterveräußerungsbefugnisse nach § 22 I. S. O. 1919 - §§ 201 und 205 der Kauf-Verf. (die fönemannen Sänderbeseitigungen) für das

Brennholzverkauf des bad. Forstamts St. Märien. 1. Im Montag, den 19. Dezember, vormittags 10 Uhr im "Atrium" in St. Peter 1247

Ständige Bekanntmachungen

Die Befämpfung der Schnakenplage betr. Nach der vom Bezirksamt - auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 18. Dezember 1910 - erlassenen Verfügung, sind die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter verpflichtet, im Winter in den Monaten

Die Gemeinde Kingsheim verkauft im Wege öffentlicher Angebote ungefähr 250 Fm. Tannenstammholz aus ihrem Gebirgswald gegen Bargzahlung:

Durch die öffentliche Bewilligung des Wohnungsmarktes und die Mieterzufriedenstellung wurde das Recht der freien Vereinbarung des Vermieters und des Mieters über die Höhe des Mietzins eingeschränkt.

1. Dem Vermieter wird für die Zeit vom 1. 10. 1921 bis 1. 10. 1922 ein Mietzins von 11 Prozent des Friedenswertes der Grundstücke vom Jahre 1914 zugewilligt.

19. Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie. Ziehung der I. Klasse am 20.-21. Dez. 1921. Mark. 10. - 20. - 40. - 60. -

Todes-Anzeige. Maria Blust geb. Kopf. gestorben Sonntag vorm. 1/12 Uhr, nach langer schwerer Krankheit im Alter von 46 Jahren in die ewige Heimat abgerufen wurde.

Karl Scheer Techn. Büro Emmendingen. Fernruf 204. empfiehl

Elekromotoren Gleich- und Drehstrom, Schaltapparate, Schalter, Installationsmaterial. Beleuchtungskörper, Koch- u. Heiz-Apparate aller Art.

Landw. Maschinen wie: Futtermaschinen f. Hand- und Kraftbetrieb. Rübenschneller, Schrotmühlen, Putzmählen, Kartoffel-Dämpfer. Zentrifugen, Band- und Kreislagen.

Stammholzverkauf. Die Gemeinde Kingsheim verkauft im Wege öffentlicher Angebote ungefähr 250 Fm. Tannenstammholz aus ihrem Gebirgswald gegen Bargzahlung:

Tabletten. Sie haben in einem Augenblick Kopfschmerzen, Migräne, Zahnschmerzen, Halsschmerzen, Ohrenschmerzen, Gelenks- und Muskelschmerzen, Rheuma, Gicht, Nerven- und Herzkrankheiten, Bluthochdruck, Schlaflosigkeit, Unruhe, Angst, Depression, etc.

19. Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie. Ziehung der I. Klasse am 20.-21. Dez. 1921. Mark. 10. - 20. - 40. - 60. -

Erbarbeiter eingest. Zu meidem am Mittwoch den 14. Dezember auf der Baustelle Mühlstrasse Bahnhöf Nittel.

Zur Weihnachtsbäckerei. Alle Backartikel, Gewürze und Süßfrüchte. Anis, Ammonium, Backpulver, Cardamomen, Caramolen, Citronen, Citronenöl, Citronat, Cocos, Cocos (best. Mandelersatz), Cognac, Corinthen, Feigen, Gelatine weiß u. rot, Haselnußkern, Kakaobutter, Kakao, Kirschwasser, Malagatrauben, Mandelöl, Margarine, Mondamin, Muskatblüte, Nelken, Orangen, Palmin, Pfeffer, Rosinen, Rum, Safran, Sultaninen, Vanille, Vanillezucker, Wachs, Zimmt, Zimtbl, Zucker, Zwetschgen.

Zahn-Praxis. Norbert Ruh, Dentist. Freiburg i. B., Rosenstr. 19. 1 Minute vom Bahnhof. Spezialität: Künstliche Zähne ohne Gaumenplatte, Zahnbehandlung, Zahnziehen, Goldkronen, Goldplomben.

Conrad Lutz, Emmendingen. beste Ware, gute Auswahl, mässigen Preis.

Kunst-Handlung Hans School. Ewald Joppich, Freiburg i. B. Ringstr. 1. Edele Friedrich- und Morianstrasse. Alte und neue Kunst. Moderne Originalgraphik, Radiogramme, Holzschnitte usw., Originals, Miniaturen, gezeichnete und aquarellierte Bilder, Gnomonien, Reliefs, etc.

Weihnachtsausstellung. Alte und neue Kunst. Moderne Originalgraphik, Radiogramme, Holzschnitte usw., Originals, Miniaturen, gezeichnete und aquarellierte Bilder, Gnomonien, Reliefs, etc.

Weihnachts-Geschenke für die Mama, für die Tochter, für den Papa, für den Sohn, für die Kleinen.

Schirmfabrik Schnitzler-Schmid. Emmendingen, Karlsruherstr. 14. Bitte beacht Sie mein Schaufenster!

„Radikal“ Handfeuerlöcher. G. Tschertner, Karlsruhe. Karlsruherstr. 20a. Telefon 2881.

Stellengefuch. Landwirt in mittleren Jahren, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht für landwirtschaftliche Arbeiten zu veränd. Gute Zeugnisse zur Verfügung. Gef. Schreiben unter Nr. 7090 an die Gef. ds. Blattes.

Die Vorgänge im Deutschen Reich. M.B. Berlin, 12. Dez. Der B. 3. a. M. zufolge ist Dr. Rathenau gestern abend aus London nach Berlin zurückgekehrt.

Die neuen Postgebühren. Eine wesentliche Erhöhung der ersten Anfrankung. M.B. Berlin, 12. Dez. Der Reichstag beschloß sich mit der neuen Vorlage über die Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernsprechggebühren, nach der die Postgebühren durchschnittlich auf das Zwanzigfache der Fernsprechggebühren erhöht werden sollen.

Der Rappisten-Prozess vor dem Reichsgericht. M.B. Leipzig, 10. Dez. Im Jagom-Prozess erklärte heute General von Seekt weiter: Die Rappige Erhardt war kampfgeliebt und in der Hand des Führers. Wir mußten befürchten, daß sich die Berliner Truppen sehr ungern mit ihren Kameraden schlagen werden.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 11. Dez. Das von Senator Lodge in der heutigen Sitzung der Konferenz verlesene Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Sonstige Meldungen. M.B. Berlin, 10. Dez. Im Raute zu nehmen, erschienen heute Nachmittag gegen 5 Uhr unter Vorantragung roter Fahnen etwa 500 junge Leute vor dem Reichsbauwerk der Frau Wina Vogel im Hause Ackerstr. 40.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 12. Dez. Biviani sandte ein Telegramm an seine Regierung, in dem er die Ansicht auspricht, daß die Konferenz sich der Bewirtlichung der tatsächlichen Ziele genügen genügt habe, um ihn zu gelassen, nach Paris zurückzukehren.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 12. Dez. Biviani sandte ein Telegramm an seine Regierung, in dem er die Ansicht auspricht, daß die Konferenz sich der Bewirtlichung der tatsächlichen Ziele genügen genügt habe, um ihn zu gelassen, nach Paris zurückzukehren.

Preisgauer Nachrichten. Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen. Vertriebt in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettweim, Badstätt und am Kaiserstuhl.

Die neuen Postgebühren. Eine wesentliche Erhöhung der ersten Anfrankung. M.B. Berlin, 12. Dez. Der Reichstag beschloß sich mit der neuen Vorlage über die Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernsprechggebühren, nach der die Postgebühren durchschnittlich auf das Zwanzigfache der Fernsprechggebühren erhöht werden sollen.

Der Rappisten-Prozess vor dem Reichsgericht. M.B. Leipzig, 10. Dez. Im Jagom-Prozess erklärte heute General von Seekt weiter: Die Rappige Erhardt war kampfgeliebt und in der Hand des Führers. Wir mußten befürchten, daß sich die Berliner Truppen sehr ungern mit ihren Kameraden schlagen werden.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 11. Dez. Das von Senator Lodge in der heutigen Sitzung der Konferenz verlesene Abkommen der vier Mächte lautet wie folgt:

Sonstige Meldungen. M.B. Berlin, 10. Dez. Im Raute zu nehmen, erschienen heute Nachmittag gegen 5 Uhr unter Vorantragung roter Fahnen etwa 500 junge Leute vor dem Reichsbauwerk der Frau Wina Vogel im Hause Ackerstr. 40.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 12. Dez. Biviani sandte ein Telegramm an seine Regierung, in dem er die Ansicht auspricht, daß die Konferenz sich der Bewirtlichung der tatsächlichen Ziele genügen genügt habe, um ihn zu gelassen, nach Paris zurückzukehren.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 12. Dez. Biviani sandte ein Telegramm an seine Regierung, in dem er die Ansicht auspricht, daß die Konferenz sich der Bewirtlichung der tatsächlichen Ziele genügen genügt habe, um ihn zu gelassen, nach Paris zurückzukehren.

Die Washingtoner Abrüstungskonferenz. M.B. Washington, 12. Dez. Biviani sandte ein Telegramm an seine Regierung, in dem er die Ansicht auspricht, daß die Konferenz sich der Bewirtlichung der tatsächlichen Ziele genügen genügt habe, um ihn zu gelassen, nach Paris zurückzukehren.

geliebten Sotte, weil sie an Kriegspfeilen eines Rasenbundes teilgenommen hatten.

III. Sabensheim a. d. Nahe, 10. Dez. In dem Bahnbauvertrage beteiligten sich an der Ausführung französische Soldaten in zehnjähriger Weise Frauen und Mädchen, die sie sich selbst zum Selbsterwerb bedienten. Als die Leute müde wurden, hielt ihnen einer der Soldaten an der Waffe die Waffe vor. In heller Angst fürzte die Menge nach den Fenstern, schlug die Scheiben ein und sprang hinaus, wobei sich verschiedene Verletzungen zuzogen. Dann rissen die Soldaten die Gepäckstücke der Menschen auf und warfen deren Inhalt auf den Boden des Wartesaums. Erst kurz vor Einlaufen des Zuges konnten die Eigentümer ihre Habsgüter wieder zusammenwaschen.

Das „Bescheidigte“ Frankreich.

Ein interessanter Fall beschäftigte das französische Militärtribunal-Verwaltungsgericht in Mainz. In einer der Hauptverkehrsstraßen der Stadt, der Schusterstraße, war ein Schuhmann von mehreren Leuten darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine junge Frau auf offener Straße in ärgersüchtiger Weise ihr Kind küßte. Der Polizeibeamte ersuchte daraufhin die Frau, das Kind in einem benachbarten Torbogen vorzunehmen. Daß es sich um eine Französin, die Frau eines in Mainz wohnenden Dolmetschers, handelte, merkte der Schuhmann erst während des Redewechsels. Der in der Nähe stehende Chemiker der Französin machte dem Polizisten gegenüber die Bemerkung, daß in Frankreich die Polizei an dem Stillen von Kindern auf der Straße keinen Anstand nehme, was der Schuhmann zu der Erwiderung veranlaßte, jetzt legt die Frau nicht in Frankreich, sondern in Deutschland und habe sich nach deutschen Sitten zu richten. Der Chemiker erklärte darauf bei der französischen Polizei gegen den Schuhmann Anklage wegen Verletzung der Sittlichkeit. Das Militärtribunal in Mainz erkannte auf 150 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urteil legte der Verteidiger des Schuhmanns Berufung ein und führte vor dem Berufungsgericht aus, daß der deutsche Schuhmann nicht nur das Recht, sondern auch die Amtspflicht habe, gegen die Frau, wie gefahren, einzuschreiten, denn in Deutschland verlohne das von dem Polizeibeamten gerügte Verhalten der Französin gegen die guten Sitten und sei als Erregung öffentlichen Unwillens nach dem Reichsstrafgesetzbuch strafbar. Die als Verletzung Frankreichs aufgefaßte Bemerkung des Angeklagten sei durch den Chemiker herausgefordert worden und nicht in der Absicht geschieden, Frankreich oder die Französin zu beleidigen. Das Gericht erkannte dann auch auf Antrag des Militärstaatsanwalts und des Verteidigers auf Freisprechung des Schuhmanns.

Die Reichseisenbahn und die Eisenbahnländer

von Wirtl. Geh. Rat Dr. H. v. M. Kirzhoff

In der letzten periodischen Veröffentlichung des Reichsfinanzministeriums über den Stand des Reichshaushaltsplans findet sich folgende kurze Notiz:

„Der Etat der Reichseisenbahn weist für 1921 ein Defizit von 35,6 Milliarden auf, davon entfällt aber fast die Hälfte — 16,9 Milliarden — auf die Zahlung für den Erwerb der Staatsbahnen für das Reich.“

Es hätte noch hinzugefügt werden sollen, daß an dem darnach verbleibenden Rest des Eisenbahndefizits für 1921 wiederum fast die Hälfte — nämlich 8 Milliarden — auf das Defizit des außerordentlichen Eisenbahnausbaus für die

einzelnen Kollegien sich von Grund auf verändert hat und infolgedessen viele Professoren eine große Einbuße an Kollegien und Examensgebühren erleiden. Während z. B. im Sommer 1913 an der Berliner Universität 1736 Studenten ab oder neue Prüfungen und Geschäfte studierten, waren es 7 Jahre später nur noch 1333. Dagegen ist im gleichen Zeitraum die Zahl der Volkswirtschaftler von 421 auf nicht weniger als 2702 (darunter 167 Frau) gestiegen; auch ein Teil der Zeit für ein weiteres schwerwiegendes Zeichen unseres wirtschaftlichen Niederganges ist der Umstand, daß die öffentlichen Bibliotheken, die Universitätsbibliotheken, noch niemals so hart in Anspruch genommen waren wie gegenwärtig, weil eben fast alle nicht leeren Bücher, die für sie sonst nur einen Augenblickswert haben, zu teurem Geld zu erhalten. Die Folge dieser unermesslichen Belastung der Universitätsbibliotheken ist, daß die Studenten auf ein für ihr Studium unentbehrliches Buch viele Wochen warten müssen und, wenn sie es bekommen haben, nur wenige Wochen besitzen dürfen. Hier spiegelt sich die „geistige Armut“ unserer Zeit in grellem Lichte wider.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

And hätte der Liebe nicht...

Roman von Lola Stein.

(Nachdruck verboten.)

Es tat ihr weh, ihren Gatten so tief verstimmt zu sehen. „Du mußt dich doch freuen, daß Hans wieder hochgekommen ist. Gschard“, meinte sie beständig. „Es muß dir doch eine Freude bereiten, deinen Schüler als starken Mann jetzt zu erkennen. Dir dankt er es doch sehr, daß du ihn erziehen hast. Denn was er einst tot ist heute vergessen. Jetzt, wo er unter einem neuen Namen kommt, wird die Welt ihn anerkennen. Freut dich das nicht?“

„Rein nicht, wenn es auf diese Weise geschieht! Diese ganze Sache ist furchtbar, einfach furchtbar für mich! Hätte er jede andere gemacht, aber dich, dich! Ja, er war mein Geliebter, alles, alles hat er von mir das hat sich jetzt wieder gezeigt! Mein Schicksal ist mit ihm verknüpft. Mein Schicksal ist mit ihm verknüpft.“

„Er warf sich in einen See und starb vor sich hin. Eine flackernde Urne war in seinem Bild, eine Urne, die Gisela nicht verlor.“

„Wir wollen reisen, wollen die Bilder sehen, meinte sie.“

„Da sprang er wieder auf. „Das wollen wir! Gisela! Schen wollen wir, ob Hans ein wirklicher Künstler geworden ist!““

Am übernächsten Tage waren sie in München. Sie kannten die Stadt und ihre Schönheit genau. Sie hatten hier oft Wochen verbracht, dieses Mal waren sie nur gekommen, um Heinz Mannbachs Bilder zu sehen.

Sie fuhren zu den Gurlittschen Kunststätten, dessen Inhaber ihnen nicht persönlich bekannt war. Beide empfanden dies als Erleichterung.

hüchlich neue Arbeiter ein, um einen umfangreichen Auftrag von Geschloßen auszuführen. Die Sonderreize Passivene (normalis Pleura und Laburere) arbeitet augenblicklich an einer Befestigung von 800.000 Granaten. Da ein Teil der Arbeiterkraft dagegen Protest erhob, erklärte die Firma, sie habe den Auftrag zurückgegeben. Nach und nach gelang es ihr aber, alle „unzuverlässigen“ Arbeiter zu entlassen und neue dafür einzustellen; jetzt legt sie die Herstellung der Munition ruhig fort. Jeder Arbeiter, der der Firma verächtlich und von der sozialistischen Propaganda angeleitet erscheint, wird sofort entlassen. Man entläßt sich nicht, Frauen für die Arbeit heranzuziehen, indem man auf das unter Strafe und Entlassung entsetzliche Elend unter den Arbeiter spekuliert. Frauen in Munitionsfabriken wie während des Krieges!

Die Jorges et Ailiers de Juvisy (normalis Gebirger Bellanger) stellen ebenfalls große Mengen Munition her. Hier von 28 Arbeitern haben diese Arbeit abgelehnt. Was sagen die 22 anderen dazu?

Das Haus Gobert in der Rue Hago in Paris fabriziert seit über einem Jahr, genau seit Oktober 1920, Abwurfsvorrichtungen für Flugzeuge, die zu tausenden auf die Flugplätze befördert werden. Ueber 100 Arbeiter, deren einige Soubditalkisten und Kommunisten zu sein vorgeben, sind mit dieser traurigen Arbeit beschäftigt und verdienen teils 3 Franken, teils 2,50 Franken die Stunde. Wir könnten eine lange Liste von Fabriken aufstellen, die Munition herstellen, so sagt das Blatt weiter. Gegen wen richten sich diese militärischen Vorbereitungen? Vielleicht gegen Sowjetrußland? Das sind Fragen, auf die uns Karthou, der Arbeiter eines auf Grund der Unmissete zurückgeführten Deserteurs, keine Antwort geben wird.

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

Die Frage ist mir nicht berechtigt: Gegen wen sind diese militärischen Vorbereitungen gerichtet? Nach dem was Briand in Washington sagte, richtet sich Frankreich vor Deutschland. Herr Nollet aber hat in seiner Eisenbahnart Vorher der internationalen Militärkontrollkommission die Abweisung Deutschlands für befriedigend erklärt und die Studienkommission der internationalen Arbeitskonferenz hat sich davon überzeugt, daß die Deutschen Werke auf kein friedliche Produktion umgestellt sind, die nur unter großen Schwierigkeiten und Zeitverlusten wieder auf ihre ursprüngliche Produktion eingestellt werden können. Wo gegen wen richtet Frankreich?

1442 Eisenbahnausbauprojekte der der Eisenbahnländer a. o. des Reichs entfallen.

Diese wichtigen Stellen erleichten mit einem Schlage die ganze Situation, die der ungeliebte Staatsvertrag über die Reichsbahngründung gebracht hat. Hierbei ist aber noch nicht einmal das durch die parlamentarischen Vorarbeiten des Staatsvertrages im ordentlichen Eisenbahnausbaubereich verurteilte Defizit in Rechnung gestellt. Um so bedauerlicher ist es, daß gerade aus parlamentarischen Kreisen jetzt eine so abfällige Kritik an der Reichsbahnverwaltung — als wenn diese die Defizitmiserie in der Hauptfache verschuldet hätte — geübt, ihre die Fähigkeit zur Bewältigung des Defizits generell abgeprochen und infolgedessen eine Entlastung verlangt wird. Die breite Öffentlichkeit muß sich immer mehr mit dem Staatsvertrag als einem Pfahl im Fleisch der Reichsbahn vertraut machen, wenn sie die Hauptursachen des fortgesetzten wachsenden Defizits im Lichte der Wirklichkeit erkennen will. Demgegenüber spielen die anderen aus der Wirtschaftsführung der Reichsbahn hervorgehenden Ursachen bei einem so hohen Defizit eine minderwichtige Rolle. Auch diese wollen wir kennen und werden besichtigt werden. Sie wiegen aber jederzeit im Vergleich mit dem durch den Staatsvertrag verursachten Defizit, das nach Obigem allein schon für das Jahr 1921 rund 25 Milliarden Mark ausmacht.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Statt bei ihren Preisverhöhungen Schädigungen des Verkehrs möglichst zu vermeiden, hat sich die Eisenbahnverwaltung entschlossen, den Preisverhöhungen trotztragelassen. Das geringste Preispaar, das früher zu 25 Pf. befördert wurde, soll schon seit 1. Dezember 12 Pf. oder das Äquivalente kosten. Damit ist dieser Zweig des Bahnverkehrs erledigt. Vor dem Krieg war die Preisverhöhung in Süddeutschland sehr verbreitet. In Preußen waren die Verhältnisse anders. Dort betrug das Mindestgewicht für Preispaar 20 Kilogramm, deshalb wurde von der Preisverhöhung nur ein Teil wenig Gebrauch gemacht. Anders in Süddeutschland. Umso größer ist das Ersauern über den Preisverhöhungsakt. Die Erhöhung der Preispaare auf 1. Dezember wurde vom Reichsverkehrsminister angeordnet, ohne daß die hierzu berufenen Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe zu Wort kamen. Kein Zweifel kann sein, daß eine beratende Erhöhung der Sätze für Süddeutschland nicht die Zustimmung dieser berufenen Vertreter gefunden hätte, da diese sich keinesfalls auf den § 22 des Staatsvertrags über den Lebensgang der Staatsbahnen auf das Reich berufen hätten, nach dem die Tarife mit taustlicher Schöpfung beschreiben. Verhältnisse fortzubilden sind und den Verkehrsbedürfnissen der Länder Rechnung zu tragen haben. Diese Vertragsbestimmung wurde vom Reichsverkehrsministerium im vorliegenden Falle in keiner Weise beachtet. Aber auch hinsichtlich der Erhöhung der Preispaare ist die Eisenbahnverwaltung sehr ungeschicklich. Denn die früher als Preispaar beförderten Güter werden größtenteils zur Post abwandern. Die Eisenbahnverwaltung hat die Postgüter befördern und erzieht fast folgende Beträge: für Pakete bis zu 10 Kilogramm hat die Post keine Gebühren zu entrichten, für Pakete im Gewicht über 10 Kilogramm und für Briefe bis 100 Kilogramm Postgewicht von 1875 heute noch 20 Pf. Die Bahn schädigt also durch ihre unerschöpfliche Preisverhöhung nicht bloß den Verkehr, sondern auch die Post.

Verkehrswesen.

Ämtliche Bekanntmachungen

Table with columns for location (Orte), date (ab wann), and price (Preis für 1 Zentner). Lists various goods like flour, oil, and sugar with their respective prices.

Emmendingen, den 10. Dez. 1921.

Städtliche Bekanntmachungen. Stadt. Fischmarkt. Heute Dienstag, den 13. Dezember 1921, nachm. von 4-5 Uhr im 'Spargelhofe' Abgabe von Seefischen als: Schellfische ff., Seelachs ff., Speckhähne ff., Spiegelkabeljau ff., etc.

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung über Milchverfälschung. Die Milchlieferungen unserer Biergemeinden...

Emmendingen, 13. Dezember 1921.

Bekanntmachung

Die Bekämpfung der Schnatzenplage. Nach der vom Bezirksamt auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 13. Dezember 1910...

Diejenigen Hauseigentümer oder deren Stellvertreter, welche nicht in der Lage sind, die Bekämpfung der Schnatzenplage selbst durchzuführen...

Emmendingen, den 8. Dezember 1921.

Das Bürgermeisteramt.

Mietzinsfestsetzung bei Mietwohnungen in der Stadgemende Emmendingen.

Durch die öffentliche Ver- handlung des Wohnungsmarktes und die Mietzinsfestsetzung wurde das Recht der freien Vereinbarung des Vermieters und des Mieters über die Höhe des Mietzinses eingeschränkt.

1. Dem Vermieter wird für die Zeit vom 1. 10. 1921 bis 1. 10. 1922 ein Mietzins von 11 Prozent des Friedensmietwertes der Grundstücke vom Jahre 1914 zugewilligt.

2. Der Mieter übernimmt mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 anteilmäßig die Zahlung des Wasserzinses, der Gebühren für Kanalisation, Abwasserabfuhr und der Schornsteinreinigung.

3. Insofern weitere öffentliche Abgaben wie Anlage, Steuernachte usw. in Kraft treten, so werden diese ab 1. Oktober 1922 anteilmäßig auf die Mieter umgelegt.

4. Der Mieter darf durch diese Vereinbarungen keinen geringeren Mietzins verlangen als bisher.

5. Die unter Ziffer 1 bis 4 getroffenen Vereinbarungen beziehen sich nur auf Räume, die ausschließlich für Wohnzwecke bestimmt sind.

Emmendingen, den 12. Dezember 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche uns bei dem Hinscheiden unseres nun in Gott ruhenden Gatten und Vaters

Wilhelm Keller Bäckereimeister

in so reichem Masse erwiesen wurden, sagen wir Allen unsern herzlichsten Dank.

Malterdingen, den 12. Dezember 1921.

Namens der trauernden Hinterbliebenen: Elisabeth Keller, geb. Ernst.

7111

Woll-Decken

ca. 150/220 cm Stück M. 65.-, 85.-, 95.-

Ich hatte die günstige Gelegenheit einen sehr grossen Posten gebrauchter Wolldecken zu kaufen, die sich sowohl für Bekleidungs- als auch für Schlafdecken eignen.

Julius Marx, Freiburg Rottecksplatz 7. 7116

Chordirigenten-Versammlung.

Am Samstag, den 17. Dezember 1921, nachm. 7 1/2 Uhr findet in Emmendingen im Nebenraum der Brauerei 'S a n h' eine

Dirigenten-Versammlung statt, wozu alle Musik-, Gesangsvereine und Kirchenchordirigenten des Amtsbezirks Emmendingen eingeladen werden.

Die Kommission.

Für Wiederverkäufer!

Postkarten-Verlag Johann Brunner Freiburg, Belfortstr. 9

Alle Gratulations-Karten

speziell Weihnachts- und Neujahr- in Post-, Schreib- und Buchkarten, Briefpapieren, Briefkassetten, Mal- und Bilderbücher, Farbkästen, Schreib-Materialien.

Zu verkaufen:

Wagnerholz abgeleitetes 7100

Wolfschund 7101

Dung 7102

Saus Nr. 57, Niesel 7103

Foßhund 7104

Mutterschwein 7105

Angelaufen 7106

Rattenfänger 7107

Bollblut-Pferd 7108

Dohse 7109

Selbststrafen 7110

Wollschaf 7111

Wollschaf 7112

Wollschaf 7113

Wollschaf 7114

Sängerrunde 'Hochberg' Emmendingen.

Mittwoch, 14. Dezember. Wiederbeginn der wöchentlichen Besuche im 'Hochberg'...

Synagogendhor Probe

heute abend 8 Uhr im 'Hochberg'...

Verloren

Ein auf dem Wege vom 'Hochberg'...

Belohnung

200 Mark für den Finder...

Mädchen

für sofort oder später...

Mädchen

oder unabhängige Frau...

Zu verkaufen!

eine ruhige, kleine...

Saal-Ofen

zu kaufen gesucht...

Rinderstahl

noch sehr gut erhalten...

Ziege

noch Milch gebend...

Nicht zu viel

über immer...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Wollschaf

Wollschaf...

Breisgauischer Anzeiger

Veröffentlichungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Penzlingen), Breisach, Eutenheim, Badhärd und am Kaiserstuhl.

Verlag: M. B. Müller, Emmendingen. Preis: 1.000 Mark pro Jahr.

Emmendingen, Mittwoch, 14. Dezember 1921.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Berlin, 13. Dez. Im Anschluß an die für heute mittags angelegte Sitzung des Reichskabinetts...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

London, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Berlin, 13. Dez. Die Morningpost erklärt, obgleich Athenau von London keinerlei Vorschläge über irgend ein Uebereinkommen...

Zum Viermächte-Abkommen.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.

Washington, 13. Dez. Aus Washington wird gemeldet: Das Viermächte-Abkommen über den Stillen Ozean wurde heute von dem Staatsdepartement unterzeichnet.